Bezugspreis für Dezember durch die Post Lewagen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Die Erzählerin" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung" „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gasstraße 13 Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr. 2148 2149 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670
Berliner Redaktion. Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 68. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Dalenheide 883

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Morgen-Ausgabe 76. Jahrgang

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.

Anzeigen. Das mm Höhe 20 mm breit kostet für Anzeigen von Aufkraggebern außerhalb des Reg.-Bez. Münster sowie für alle amtl. Finanz-, Sammel-, Markenartikel u. Bergwirtsanzeigen 15 Pfg., für sonst Anzeigen aus d. Reg.-Bez. Münster u. der Grafsch. Bentheim 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anz. des priv. Verk. aus Münster bei Barzahl. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen u. in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 1 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheckkonto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — **Samstag, 17. Dezember 1927** — **Nr. 1302**

Verlängerung des Mieterschutzgesetzes.

Bis zum 15. Februar.

s **Berlin,** 16. Dez. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)**

Der Reichstag erledigte heute eine Reihe kleiner Vorlagen, darunter den Antrag der Regierungsparteien, wonach das Mieterschutz- und Reichsmietengesetz bis zum 15. Februar 1928 verlängert werden soll. Diese Verlängerung ist notwendig geworden, weil die Ausschußberatungen über die neuen Bestimmungen vor den Weihnachtsferien nicht mehr zu Ende geführt werden konnten und die Gesetze Ende dieses Monats ablaufen.

Dann nahm der Reichstag auch noch die erste Lesung der Lohnsteuersenkung vor, die dem Ausschuß überwiesen wurde. Am Samstag soll dann die zweite und dritte Lesung stattfinden. Wird von keiner Seite Widerspruch gegen diese dritte Lesung erhoben, so kann das Haus morgen schon in die Ferien gehen. Erfolgt aber ein derartiger Widerspruch, so wäre eventl. noch eine Tagung am Montag notwendig. Morgen soll dann auch noch die erste Lesung des Kriegsschädenschluß-Gesetzes stattfinden, das aber ohne Debatte an den Ausschuß verwiesen wird. Von Interesse war noch die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Ausfuhr von Kunstwerken. Danach soll die Geltungsdauer der Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken vom 11. Dezember 1919, die Ende dieses Jahres abläuft, auf weitere zwei Jahre bis zum 31. Dezember 1929 verlängert werden, da das in Aussicht genommene Reichsgesetz über die Abwanderung des deutschen Kunstbesitzes in das Ausland noch nicht vorgelegt ist. Vom Zentrum begrüßte Abg. Dr. Schreiber diese Verlängerung, die notwendig ist, da die Länder noch keine Maßnahmen gegen die Ausführung des Kunstbesitzes haben treffen können. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

*

pd **Berlin** 16. Dez. **(Tel.)**

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 15 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des von den Regierungsparteien beantragten Gesetzentwurfes zur

Verlängerung des Mieterschutz- und des Reichsmietengesetzes bis zum 15. Februar 1928.

Abg. **Höllein** (Komm.) beantragt, die Gesetze bis zum 30. Juni 1932 zu verlängern.

Abg. **Lipinski** (Soz.) bedauert, daß ohne Notwendigkeit der Mieterschutz erneut eine Lösung erfahren solle.

Unter Ablehnung des kommunistischen Antrages wird das Verlängerungsgesetz in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die

zweite Beratung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes.

Abg. **Bösler** (Soz.) beantragt, die Steuer für Lastkraftwagen auf 40 Mark festzusetzen. Diese Erhöhung gegenüber der Vorlage sei begründet infolge der starken Wegeausnutzung gerade durch die Lastkraftwagen. Die Gemeinden seien nicht in der Lage, die hohen Wegeunterhaltungskosten zu tragen.

Abg. **Koellath** (WB.) beantragt wesentliche Herabsetzungen der Steuersätze und des Landeszuschlages für das erste Jahr der Geltung des Steuergesetzes.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß Anträge über die Verwendung von Auslandsanleihen für Wegebauzwecke der Beratungsstelle bereits vorlängen, die darüber baldigst entscheiden werde.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung in der Ausschußfassung angenommen, ebenso eine Ausschuß-Entschließung, die bis 1930 von der Regierung eine Denkschrift über die Auswirkungen des Gesetzes fordert.

Es folgt die zweite Beratung der

Vereinbarung mit Dänemark über Zollerleichterungen

für dänische Erzeugnisse.

Abg. **Thomsen** (Dän.) bedauert die Herabsetzung des Zollsatzes für dänische Innereien (genießbare Eingeweide), die sich zu Ungunsten der deutschen Landwirtschaft auswirke. Seine Fraktion stimme der Vorlage nur zu in der Erwartung, daß bei späteren Handelsverträgen weitere Zugeständnisse in dieser Hinsicht nicht gemacht werden.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über

Zolländerungen für Autoeinzelteile

erklärt

Abg. **Wissel** (Soz.), durch die Vorlage werde die Konkurrenz der amerikanischen gegenüber der deutschen Automobilindustrie noch verschärft. Sie sei deshalb abzulehnen.

Abg. Dr. **Schneider** (DVB.) billigt die Vorlage, da damit Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden sollen.

Abg. **Freiherr von Richthofen** (Dem.) stimmt der Vorlage gleichfalls zu, bezweifelt aber, daß tatsächlich vermehrte Arbeitsmöglichkeiten durch das Gesetz entstehen würden.

Die Vorlage wird dann in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfes zur Verlängerung der Verordnung über

die Ausfuhr von Kunstwerken

bis zum 31. Dezember 1929, bedauert

Abg. Dr. **Schreiber** (Ztr.), daß die Länder noch keine Maßnahmen gegen die Ausfuhr von Kunstwerken treffen konnten. Die Verlängerung der Verordnung sei daher notwendig. Leider seien durch die deutsche Not viele Kunstwerke aus Deutschland und Österreich ausgeführt worden.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich. — Samstag 11 Uhr: Kriegsschädenschlußgesetz, Lohnsteuersenkung.

Schluß 17,30 Uhr.

Die Diäten der Reichstagsabgeordneten.

vdz **Berlin,** 16. Dez. **(Tel.)** Durch die neue Besoldungsordnung sind die Ministergehälter, die bisher im Grundgehalt 29 700 Mark jährlich betrugen, auf 36 000 Mark erhöht worden. Damit sind die Diäten für die Reichstags-Abgeordneten, die bisher für den Monat rund 620 Mark ausmachten, automatisch auf 750 Mark erhöht worden.

In der Beratung der Besoldungsreform hat der Reichstag einen Antrag der Wirtschaftspartei zu den Reichstags-Diäten dem Ältestenrat überwiesen. Der Antrag geht dahin, daß eine Erhöhung des Ministergehaltes nicht nur Folge haben soll, daß auch die Diäten der Reichstagsabgeordneten erhöht werden. Die Diäten sind nach dem geltenden Diätengesetz auf ein Viertel des Grundgehaltes eines Reichsministers bemessen. Der Ältestenrat hat in seiner heutigen Sitzung diesen Antrag einem Unterausschuß überwiesen. Die Beratung darüber soll erst nach der Weihnachtspause erfolgen.

Der Reichspräsident hatte Freitagabend zu einem Essen eingeladen, an dem u. a. der Reichskanzler und die Reichsminister, der Präsident und die Vizepräsidenten des Reichstages, der Präsident der Reichsbank, der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, die Bevollmächtigten der Länder zum Reichsrat sowie die Staatssekretäre des Reiches mit ihren Damen teilnahmen.

Der Bericht des Reparationsagenten über das dritte Annuitätsjahr.

≙ **Berlin,** 16. Dez. **(Tel.)**

Der Reparationsagent veröffentlicht heute bereits seinen Bericht über das dritte Annuitätsjahr, in dem er ausführlich auf die verschiedenen durch den Reparationsplan aufgeworfenen Fragen eingeht. Sein diesmaliger Bericht war von den maßgebenden deutschen Stellen noch nicht erwartet worden. Der Bericht ist im Gegensatz zu dem Zwischenbericht vom 10. Juni, der sehr kritisch gehalten war, sehr ruhig und entgegenkommend gehalten, und anerkennt die Fortschritte und Leistungen Deutschlands in bezug auf verschiedene von ihm angeschnittene Fragen, die sich insbesondere auf die Finanzverwaltung und Kreditgebarung des Reiches, der Länder und der Gemeinden bezogen. Er verhehlt gleichwohl nicht, daß auf den von der Reichsregierung beschrittenen Wegen fortgefahren werden muß und gibt zum Schluß der Ansicht Ausdruck, daß **weder das Reparationsproblem noch die anderen mit diesem Problem verknüpften Fragen endgültig gelöst werden könnten, bevor nicht Deutschland die Aufgabe gestellt werde, auf eigene Verantwortung, ohne fremde Überwachung und ohne Transferschutz, die Reparationsfrage zu lösen.**

Der vom 10. Dezember datierte Bericht des Generalagenten besteht aus einem eigentlichen Bericht von 172 Seiten Länge, der in 8 Kapiteln und einer Schlußfolgerung alle wesentlichen Fragen des Reparationsplanes behandelt, und einem Anhang, der eine Reihe statistischer Angaben über Einnahmen, Ausgaben und Verteilung der Reparationszahlungen enthält, sowie den Briefwechsel zwischen dem Reparationsagenten und der Reichsregierung vom 20. Oktober 1927, 26. Oktober und 5. November.

In der Einleitung betont der Reparationsagent, daß

der Plan im dritten Annuitätsjahr normal funktioniert

habe, sowohl was die Einnahmen wie auch was den Transfer betreffe. Deutschland habe die Annuität in Höhe von 1 500 000 000 RM. bezahlt und die Transfers hätten den Wechselkurs nicht gefährdet. Gleichwohl habe er in den letzten Monaten auf einige gefährliche Tendenzen auf dem Gebiete der deutschen Finanz- und Kreditgebarungen hinweisen müssen und zu diesem Zwecke den bekannten Schriftwechsel mit der Reichsregierung geführt. Er hebt besonders hervor, daß die deutsche Antwort die Notwendigkeit der Sparsamkeit in der öffentlichen Finanzgebarung anerkennt und die Beendigung der Einstellung außerordentlicher Ausgaben in den Haushalt des Reiches angekündigt habe. Es sei daher überflüssig, zu betonen, daß zwischen ihm und der Reichsregierung nur sachliche, nicht aber persönliche Differenzen bestanden hätten. Die Beziehungen zwischen ihm und der deutschen Regierung würden weiter maßgeblich bestimmt durch den Geist freundschaftlicher Verständigung.

Im ersten Kapitel behandelt er sodann

das Arbeiten des Planes

und setzt im einzelnen die Zusammensetzung der Zahlungen, die Verteilung der Annuität und die geschäftsmäßige Behandlung der Annuität auseinander. Er weist dabei besonders auf einige Neuigkeiten in der Verteilung hin, die dadurch notwendig geworden sind, daß Amerika 55 Millionen Goldmark für seine Besatzungskosten nunmehr erhalte, daß weiter die belgische Vorzugsquote von 8 auf 4½ Prozent herabgesetzt worden sei und daß endlich die Anteile Italiens und Serbiens um je 10 Proz. gekürzt worden seien, ferner hofft er eine gleichmäßigere Verteilung der Einnahmen und Transfer-Programme ermöglichen zu können, um insbesondere die Ansammlung blockierter Verträge zu verhindern. In einem besonderen Abschnitt behandelt er sodann auch die deutsche Anleihe von 1924 und stellt auch hier fest, daß der Zinsendienst und die Amortisationsquote richtig bezahlt worden sei.

Im zweiten Abschnitt über das Transferkomitee hebt er hervor, daß der Sachverständigenplan zwar scharf zwischen inneren Zahlungen und der Übertragung der Zahlungen in fremde Gelder unterschieden habe, daß aber die Erfahrung gezeigt habe, wie sehr beide Fragen miteinander verknüpft seien. Insbesondere wirke die

Anleihepolitik der öffentlichen Körperschaften

zweifellos auf die Transfer-Möglichkeiten zurück. Auf diese Tatsache habe er die Regierung aufmerksam gemacht, da die deutsche Regierung hierfür verantwortlich zu machen sei. Desgleichen weist er auf die Bedeutung der Zahlungsbilanz für den Transfer hin und daß die deutsche Regierung die Verpflichtung habe, dafür zu sorgen, daß nicht übermäßige Importe die Möglichkeiten des Transfers einschränkten. Er gibt sodann eine Übersicht über die Transfer-Operationen und führt dabei an, daß von der dritten Annuität 683,5 Millionen Goldmark oder 49,45 Prozent der gesamten Zahlungen in fremde Währungen transferiert worden seien. Auch die Frage der Sachlieferungen wird von ihm behandelt und endlich darauf hingewiesen, daß bisher kein Vorschlag erfolgt sei, die deutschen Eisenbahn-Obligationen oder Industriebonds zu verkaufen.

Im dritten Abschnitt, der die Arbeit der Kommissare und Treuhänder behandelt, berichtet er im einzelnen über die Arbeiten des Kommissars bei der Reichsbank, des Kommissars für die Reichsbahn, des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen und des Treuhänders für die deutschen Industrie-Obligationen.

Die Finanzlage der Deutschen Reichsbahn

wird eingehend geschildert und auf die Notwendigkeit der Aufnahme von Anleihen auch für das Jahr 1928 hingewiesen. Er meint jedoch, daß die Reichsbahn ein sorgfältig ausgearbeitetes Programm für die Aufnahme von Anleihen ausarbeiten müsse, und verlangt eine Einschränkung der Ausgaben der Bahn auf das unbedingt notwendige Maß. Er hält ferner eine Finanzierung auf dem Wege von Bankkrediten für möglich, weist aber darauf hin, daß auf die Dauer eine Finanzierung nur durch einen Verkauf der Vorzugsaktien der Bahn auf dem inneren Markt möglich sein würde. Reich und Reichsbank müßten versuchen, die Balancierung der Vorzugsaktien auf dem inneren Markt zu erleichtern. Jede auswärtige Placierung der Vorzugsaktien der Reichsbahn müsse eine große Reihe grundsätzlicher Gesichtspunkte aufwerfen. Wenn daher es nicht möglich sei, die finanziellen Bedürfnisse der Reichsbahn auf dem inneren Markt zu befriedigen, so bliebe keine andere Alternative, als die erforderlichen Beratungen zur Klärung dieser Frage mit der Reparations-Kommission herbeizuführen.

Der vierte Abschnitt behandelt

die Haushalte des Reiches der Reichspost, der Länder und der Gemeinden.

Er gibt erneut der Ansicht Ausdruck, daß das Budget des Reiches wie im vorigen, so auch in diesem Jahre nicht richtig balanziert gewesen sei, und daß auch die Haushalte der Länder vielfach Defizite aufgewiesen hätten. Es sei kein Zweifel, daß auch die Gemeinden über ihre Mittel lebten. Allerdings sei anzuerkennen, daß die Reichsregierung die bisherige Tendenz in ihrer bisherigen Politik zu korrigieren wünsche und insbesondere die Politik der Deckung außerordentlicher Ausgaben durch Anleihen abstellen werde. Erfreulich sei daher die für den Haushalt 1928 bereits beschlossene Reduzierung des außerordentlichen Haushaltes von 471 auf 176 Millionen Mark. Er hoffe, daß diese Tendenz der Reichsregierung sich erhalten und sogar verstärken würde, wenn der Reichshaushalt im Parlament behandelt werde.

Das Budget des Reiches für 1928 sei das größte, das Deutschland bisher gehabt habe.

Allerdings seien auch die Einnahmen des Reiches entsprechend gestiegen. Seit dem letzten Bericht habe sich die Budgetposition des Reiches verbessert. Man könne somit hoffen, daß die Ausgaben der öffentlichen Hand innerhalb der Grenzen der Einnahmen gehalten würden. Jedenfalls sei bemerkenswert, daß die Einnahmequellen des Reiches eine so starke Vitalität bewiesen. Er hoffe, daß die im Zusammenhang mit der Beamtenbesoldung versprochene Verwaltungsreform sowie die Januar-Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder einen effektiven Fortschritt auf dem Wege zu einer wirtschaftlicheren Verwaltung mit sich bringen würde. Bei einer Behandlung der Finanzgebarung der Länder glaubt der Reparationsagent sodann feststellen zu können, daß die meisten der Länder mehr ausgeben, als sie einnehmen. In diesem Zusammenhange kritisiert er die Tatsache, daß die verfügbare Finanzstatistik nicht ausreicht, um sich ein Bild von der Finanzgebarung der Länder und der Gemeinden zu machen. Die gesamten Ausgaben-Überschüsse der Länder schätzt er auf eine Zahl zwischen 390 und 440 Millionen Reichsmark.

Im fünften Kapitel behandelte er

die öffentliche Schuld Deutschlands.

Er stellte fest, daß sich diese gegenüber dem Vorjahr um 230 Millionen Reichsmark vermehrt habe, was ausschließlich auf Anleihen der Länder und Gemeinden zurückzuführen sei. Die gesamten Schulden der öffentlichen Körperschaften würden auf 11 Milliarden Reichsmark geschätzt, die jedoch nicht die aufgewerteten Anleihen enthielten. Von der öffentlichen Schuld gingen 8050 Millionen auf Rechnung des Reiches, 1100 Millionen zu Lasten der Länder und 1850 Millionen zu Lasten der Gemeinden. Das starke Anwachsen der Schulden des Reiches in der Zeit vom 31. März bis 30. September 1927 von 4350 Millionen auf 8050 Millionen sei in der Hauptsache auf die Aufwertung von Anleihen zurückzuführen. Von den Anleihen der Länder und Gemeinden seien 1200 Millionen langfristige Anleihen im Auslande und zirka 850 Millionen Reichsmark langfristige Anleihen im Inlande. Da die Grundkreditbanken, Girowerbände usw. etwa weitere 800 Millionen Bonds in Deutschland für die Gemeinden ausgegeben hätten, betrüge die Summe der Anleihen der Länder und Gemeinden zur Zeit 2950 Millionen, so daß hiervon etwa 37 Prozent auf Anleihen der Länder und der Rest auf solche der Gemeinden gingen. Bezüglich der schwebenden Schulden sei keine zuverlässige Zahl erhältlich gewesen.

Im sechsten Kapitel behandelte der Reparationsagent sodann eingehend

die Frage der Kreditbedingungen in Deutschland und der deutschen Währung.

In der sehr eingehenden Untersuchung behandelt er im einzelnen bereits bekannte Tatsachen, wie z. B. die Bedeutung der Auslandsanleihen, die Ursachen der deutschen Inlandskonjunktur, die weitere Anspannung des deutschen Kredites und die Rückwirkung all dieser Fragen auf die Währung. In diesem Zusammenhang weist er eingehend auf die Notwendigkeit einer Kontrolle der Auslandsanleihen hin und stellt fest, daß es gelungen sei, hier bereits eine gewisse Einschränkung zu erzielen. Er gibt der Ansicht Ausdruck, daß die Frage der Auslandsanleihen von noch größerer Bedeutung sei, als die Kreditgebarung der Reichsbank, und hebt schließlich hervor, daß die Regierung sich verpflichtet habe, dieses Problem in dem von ihm gewünschten Sinne zu lösen, obgleich der Sachverständigenplan an sich keine derartigen Überwachungsvorschriften vorsehe. Der Bericht behandelt sodann im einzelnen die Politik der Reichsbank und des Zustandes der deutschen Währung. Er ist hier der Ansicht, daß **die deutsche Währung weiter allen Erfordernissen entspreche, die man an eine Goldwährung stellen müsse.**

Im siebenten Abschnitt wird sodann

der deutsche Außenhandel

behandelt. Der Reparationsagent hebt hier besonders hervor, daß der Einfuhrüberschuß Deutschland im letzten Annuitätenjahr sich auf 3627 Millionen Reichsmark belaufen habe, und führt dies auf die Ankurbelung des inneren Marktes durch die auswärtigen Anleihen zurück und unterstreicht noch einmal die gefährlichen Tendenzen, die die Steigerung der Preise für den deutschen Auslandsabsatz haben. Er verkennt andererseits nicht die Schwierigkeiten, die sich für den deutschen Export aus den bestehenden Zollsätzen verschiedener Länder ergeben, hofft aber, daß es der deutschen Wirtschaft gelingen werde, auf dem Wege über den Abschluß weiterer Handelsverträge die bestehenden Schranken für den Export zu überwinden.

Im achten Abschnitt behandelt er sodann die wirtschaftliche Lage Deutschlands sehr eingehend und untersucht im einzelnen die Ursachen der Bankerotte, die Arbeitslosigkeit, die Produktion, die Landwirtschaft usw.

In seinem Schlußwort

hebt der Reparationsagent endlich hervor, daß der Dawesplan ein Schutzsystem geschaffen habe, das in der Hauptsache dazu bestimmt gewesen sei, die deutsche Währung zu schützen, und zwar vor übertrieben großen Reparationszahlungen, ohne aber Deutschland einer Generalkontrolle zu unterwerfen. Dies letztere habe aber zur Voraussetzung, daß Deutschland **Klugheit in der Handhabung seiner geschäftlichen Angelegenheiten beweise und nicht seinen Kredit durch übermäßige Ausgaben gefährde.** Dies sei der eigentliche Inhalt seines letzten Schriftwechsels mit der Reichsregierung. Die deutsche Regierung habe sich hierzu feierlich verpflichtet, so daß die Basis für die weitere Erprobung des Dawesplanes gegeben sei. Trotzdem die deutsche Regierung bereits einige Maßnahmen für die Durchführung der finanziellen Reform ergriffen habe, hänge jedoch alles von den praktischen Ergebnissen dieser Maßnahmen ab und es werde sich in Kürze zeigen, ob wirklich Reformen zustande gebracht würden. Gleichwohl sei es notwendig, auf die Schwäche einer Wirtschaft hinzuweisen, die künstlich geschützt werde. Die Existenz des Transferschutzes z. B. habe die Tendenz, die deutschen öffentlichen Körperschaften vor den Folgen ihrer eigenen Handlungen zu bewahren. Wenn die Sachverständigen seinerzeit Deutschlands Verpflichtungen nicht endgültig festgesetzt hätten, so müsse doch darauf hingewiesen werden, daß, je mehr die Zeit fortschritte, es immer [illegible] daß das [illegible] **nicht endgültig gelöst werde, bevor man nicht Deutschland der Schutzbestimmungen entbinde und Deutschland eine endgültige Aufgabe stelle.**

Der Streit um Dr. Luthers Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn.

w **Berlin,** 16. Dez. **(Tel.)** Die Ausführungen des preußischen Ministerpräsidenten zu dem Streit um den Sitz Dr. Luthers im Verwaltungsrat der Reichsbahn sind in der Oeffentlichkeit dahin ausgelegt worden, als habe die Reichsregierung Preußen durch ihre Passivität um diesen Sitz gebracht. Demgegenüber wird in Reichstagskreisen darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung garnicht in der Lage war, irgendeine Maßnahme in dieser Angelegenheit zu treffen, weil sie keine Exekutive gegenüber dem Verwaltungsrat der Reichsbahn besitzt. Dieser ist vielmehr eine selbständige Körperschaft, der das Reich keine Vorschriften dieser Art machen kann. In Kreisen der Regierungsparteien des Reichstages bezeichnet man deshalb den vom preußischen Ministerpräsidenten in Aussicht gestellten Schritt beim Reichspräsidenten als ebenfalls wirkungslos. Auch der Staatsgerichtshof müßte zunächst einmal einen Weg weisen, auf dem ein Urteil gegen den Verwaltungsrat der Reichsbahn durchgeführt werden könnte. Jedenfalls ist diese Frage staatsrechtlich so schwierig, daß von reichswegen ein Eingreifen nicht möglich erscheint.

Die Etatsberatungen im Landtage.

pd **Berlin,** 16. Dez. **(Tel.)**

Im Anschluß an die Rede des Ministerpräsidenten Braun im Landtag (vgl. Nr. 1299 des M. A.), erklärt Abg. **Pieck** (Komm.), die Sozialdemokraten seien die bereitwilligen Diener des Kapitals und des Bürgerblocks. Nur der Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung könne den Massen helfen.

Abg. **Falk** (Dem.) hebt die Verdienste des preußischen Finanzministers um den Staat und die Finanzen Preußens hervor. Nachdem Abg. Falk noch gegen die Ausführungen der Redner der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei polemisiert hatte, betonte

Abg. **Ladendorff** (WB.), daß Preußen in einer Defizitwirtschaft stehe. Die Zustände auf dem Wohnungsmarkt seien unhaltbar. Nur eine freie Wohnungswirtschaft könne dem deutschen Volk die so dringend notwendigen Wohnungen herstellen. Man habe auch zuviel Behörden. Wer das nicht einsehe, mache sich des Volksbetruges schuldig.

Abg. **Wulle** (Völk.) bezeichnet den Optimismus des Finanzministers für die Finanzen 1928 als unbegründet. Das Jahr 1928 werde noch manche Überraschungen bringen. Auf Zurufe von Abgeordneten der Linksparteien erklärte der Redner, diese sollten sich beruhigen. Er meine mit den Überraschungen keinen Fememord. (Gelächter.) Der Dawesplan werde die deutsche Wirtschaft eines Tages völlig zum Zusammenbruch bringen.

Abg. **Bartels-Krefeld** (Linkskomm.), lehnt den Etat als antisozial ab und richtet heftige Angriffe gegen die Rechtskommunisten, die sich auf reformistische Parlamentsmittel einließen. Die gegenwärtige kommunistische Führung drohe der Opposition sogar mit dem bürgerlichen Staatsanwalt. (Der Redner wird wegen beleidigender Äußerungen zweimal zur Ordnung gerufen.)

Das Haus vertagte sodann die Weiterberatung des Etats auf Samstag 10 Uhr.

Skandal in der französischen sozialistischen Partei.

Schmiergelder von Moskau.

≙ **Paris,** 15. Dez. **(Tel.)** In eine recht unliebsame Affäre ist der kommunistische Bürgermeister von Ivry bei Paris, Maranna, der Generalrat des Departements Seine, verwickelt worden. Er vergaß in einer Autodroschke eine Aktentasche, die zahlreiche kompromittierende Dokumente über mehrere sozialistische Vereinigungen und Mitglieder der sozialistischen Partei Frankreichs enthielt. Der Chauffeur der Autodroschke gab die Aktentasche nicht sofort an Maranna zurück, sondern ließ die Quittungen über die an die sozialistischen Parteimitglieder verteilten Gelder photographieren. Darunter befand sich u. a. ein Beleg über 35 000 Franken an den sozialistischen Bauernrat und ein anderer über 54 000 Franken mit den Vermerk „linker Flügel der französischen sozialistischen Partei." Die Schriftstücke geben aber auch Auskunft über Beträge, die mehrere Sozialisten, von deren Namen der „Paris Soir" nur die Anfangsbuchstaben nennt, erhalten haben. Die Angelegenheit erregt bedeutendes Aufsehen. Auf der äußersten Linken der Sozialisten wird erklärt, daß die ganze Angelegenheit eine unverschämte Verleumdung sei und die Einsetzung einer Untersuchungskommission gefordert werden müsse. Gestern beschäftigte sich die ständige Verwaltungskommission der sozialistischen Partei mit der Angelegenheit. Besonders kompromittiert ist Maurice Maurin, der Führer des linken Flügels der Partei. Der Verwaltungsrat bezeichnet in einer Entschließung die Dokumente als echt. Die Bestechung von Sozialisten könne nicht abgeleugnet werden. Bis jetzt habe allerdings niemand ein Geständnis abgelegt. Die Verwaltungskommission warnte jedoch die Sozialisten vor kommunistischen Manövern und beschloß, eine Untersuchung über die Herkunft der Mittel gewisser sozialistischer Persönlichkeiten anzustellen.

Der Bericht des Kommissars bei der Reichsbank

≙ **Berlin,** 16. Dez. **(Tel.)** Der Kommissar bei der Reichsbank, Professor Bruins, veröffentlicht soeben seinen Bericht für die Zeit vom 1. September 1926 bis 31. August 1927, der neben einer Reihe von wertvollen, durch Tabellen und Diagramme erläuterten Einzeldarstellungen zum Schluß eine zusammenfassende Betrachtung gibt. Darin wird u. a. festgestellt, daß sich in den letzten drei Jahren die Beziehungen Deutschlands zur Weltwirtschaft fortwährend inniger gestaltet hätten. Die Grundlagen des deutschen Wirtschaftslebens hätten sich nach der Inflationsperiode in verschiedener Hinsicht wieder geweitet und gefestigt. Trotzdem seien noch schwache Stellen vorhanden. Die schwächste liege wohl auf dem Gebiete der Kapitalversorgung. Die Kapitalnachfrage übertreffe unausgesetzt die Kapitalbildung im Lande, und die Folge sei eine sehr große und anhaltende Nachfrage nach kurz- und langfristigem Auslandskapital. Für das deutsche Wirtschaftsleben bedeute das hohe Zinsniveau eine schwere Last. Als im Juni 1927 der Diskontsatz wieder auf 6 Prozent gebracht wurde, habe es sich herausgestellt, daß dieser Satz damals schon nicht mehr ausreichte, um der Reichsbank die Kontrolle über den Geldmarkt, dessen Lage bereits seit einigen Monaten viel gespannter geworden war, zurückzugeben. Erst die Erhöhung auf 7 Prozent am 4. Oktober ds. Js. habe der Reichsbank diese Kontrolle wieder verschafft. Die Reichsbank sehe sich insbesondere im Zusammenhang mit den Verhältnissen am Kapitalmarkt, noch vor große Probleme gestellt. Indessen sei zu konstatieren, daß die Bank ihre Position während der letzten Jahre bedeutend gestärkt habe, wobei die allgemeine Konsolidierung des Wirtschaftslebens günstig auf sie zurückwirke. Ihrer Hauptaufgabe, der Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung, die sie in den vergangenen Jahren in vollem Ausmaß erfüllt habe, stehe sie wohlgerüstet gegenüber.

Sasonows Widerleaung.

Wohl selten ist auf dem historischen Büchermarkt ein Machwerk übelster Geschichtsklitterung erschienen als es die vor kurzem in Frankreich herausgegebenen Memoiren des russischen Außenministers der Kriegs- und Vorkriegszeit, S. D. Sasonow, darstellen, deren deutsche Übersetzung als „Sechs schwere Jahre" (1910/1916) nunmehr beim Verlag für Kulturpolitik in Berlin vorliegt. Wenn es je notwendig war, einem Staatsmanne sein wahres Abbild, dem Sasonows in diesen Memoiren den echten Sasonow gegenüberzustellen, so hier. Prompt ist denn auch im gleichen Verlage dieser Anti-Sasonow erschienen: „Rußland und der Weltkonflikt" von Friedrich Stieve und Graf Max Montgelas. Diese beiden bekannten deutschen Vorkämpfer in der Kriegsschuldfrage erteilten hier dem ehemaligen Außenminister eine Abfuhr, wie sie einem Staatsmanne kaum je widerfahren ist. Während Sieve für die Vorgeschichte des Weltkrieges die Antwort selbst übernimmt, gibt sie Graf Montgelas für den Kriegsausbruch. Ein einheitliches Bild von der Rolle Rußlands bei der Entfesselung des Weltkrieges, die Sasonow in seinem Buche eben verstecken wollte, rollt hier vor den Augen des Lesers ab.

In wenigen Sätzen fällt Stieves Vorwort eigentlich schon das Urteil über diese Memoiren: „Sasonow scheint völlig entgangen zu sein, daß seit 1919 eine unaufhörlich wachsende Zahl von Akten über die Vorgeschichte des Weltkrieges an den Tag gekommen ist, von diplomatischen Schriftstücken, die uns die wahren Zusammenhänge des Geschehens längst darge an haben. Für ihn existieren aus der riesigen Literatur nur die Farbbücher von 1914 und die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch — letztere in einer für ihn bequemen Auswahl. Alles andere hat er souverän bei Seite geschoben und ignoriert. Die Enthüllungen aus russischen Archiven, darunter seine eigenen Tagebuchaufzeichnungen, die serbischen Akten, die Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes, die neuen englischen Urkunden, sie finden alle in seiner Darstellung keine Berücksichtigung."

So erfahren denn in Stieves Entgegnungen die Behauptungen Sasonows durch seine eigene diplomatische Korrespondenz, seine eigenen Erklärungen und Aufzeichnungen eine Widerlegung nach der anderen, ob es sich um die bosnische Krise 1908-09, die Potsdamer Besprechung Ende 1910, die Balkankrisen 1911-12, die Affäre Miman von Sanders, der deutschen Militärmission in der Türkei 1913, den Mord von Serajewo, die Julikrise, die Meerengenfrage, die österreich-schrussischen oder die deutsch-russischen Vorkriegsbeziehungen handelt. Seine Bemühungen, die Aufenpolitik Rußlands und namentlich seine eigene als nur der Aufrechterhaltung des Friedens zugewandt hinzustellen, erleiden jeden Schiffbruch.

Der Mann, der alle diese Vorgänge, die überaus wichtige Stationen in der Vorgeschichte des Weltkrieges darstellen, in seinen Erinnerungen nur nebenbei berührt, oder überhaupt den Mantel des Schweigens darüber deckt, trotzdem er im Mittelpunkt der Ereignisse stand und in ihrem verhängnisvollen Ablauf eine entscheidende Rolle spielte, der Mann, der mit dem Gedanken umging, Konstantinopel zu erobern und hierbei die Überzeugung gewonnen hatte, daß dies nur über einen europäischen Krieg möglich war, versucht in seinen Memoiren ein lächerliches und letzten Endes vergebliches Versteckspiel vor der Verantwortung, das weitaus belastender für ihn selbst ist, als wenn er sich mutig zu seinen einstigen Taten bekennen würde. Er hat eben vergessen, daß zwischen 1913 und 1926 die geschichtliche Forschung hinter die Kulissen des diplomatischen Theaters geleuchtet und den wahren Sasonow wie seine Mitspieler demaskiert hat.

Wenn der wissenschaftliche Historiker, gezwungen durch die „politischen" Historiker von Versailles, nach einer moralischen Schuld am Unglück Europas forscht, so wird er immer zu dem Ergebnis kommen, daß ein großer Teil dieser Shuld für die letzten Jahre vor 1914 auf die russische Außenpolitik entfällt, die in der Hauptsache von Sasonow in Petersburg und Iswolski in Paris geleitet, auf eine Umwälzung des bestehenden Zustandes mit Hilfe Frankreichs und Englands ausging und sich hierbei Serbiens als Sturmbock bediente.

An dieser Erkenntnis haben auch die Memoiren Sasonows nicht zu rütteln vermocht. Ja, er straft sich selbst Lügen, indem er, zweifellos wider seinen Willen, zugeben muß, daß Deutschland 1912 und 1913, als die Katastrophe unvermeidlich schien, durch seine rechtzeitige Intervention den österreichischen Bundesgenossen zurückhielt (Seite 213), daß es auch 1914 tatsächlich keinen Anlaß zum Kriege suchte (Seite 205), daß dagegen das Erwachen des nationalen Selbstbewußtseins der slawischen Untertanen der Habsburgischen Monarchie, das Ergebnis der Befreiungspolitik Rußlands auf der Balkanhalbinsel früher oder später unvermeidlich den Untergang Österreich-Ungarns herbeiführen mußte (Seite 18), daß die Übereinkunft im Jahre 1907 mit England viele Hindernisse gegen dessen Beteiligung auf der Seite Rußlands am Kriege mit Deutschland beseitigte (Seite 27), daß in der bosnischen Krise die Mittelmächte über Rußland und Serbien und damit auch über die westeuropäischen Mächte einen diplomatischen Sieg errangen, ohne zu argwöhnen, daß dieser Sieg die Rose des ersten Nagels zum Sarge Österreich-Ungarns bilden und mittelbar zum Sturz Deutschlands beitragen würde (Seite 22), daß auf dem Boden einer politischen Nebenbuhlerschaft im nahen Osten die Jahrhunderte lange Feindschaft zwischen Wien und Petersburg erwuchs, die früher oder später zum blutigen Zusammenstoß führen mußte (Seite 16), daß Rußland entschlossen war, für die Erhaltung seiner Stellung auf dem Balkan, die nach den beiden Balkankrisen erheblich stärker geworden war, Krieg zu führen (Seite 206), daß gleichzeitig mit den militärischen Vorbereitungen sich die Mächte des Dreiverbandes auf alle Fälle auch in politischer Hinsicht zum Kampfe mit den Zentralmächten rüsteten, der mit jedem Jahre wahrscheinlicher wurde (Seite 214).

Was bleibt von dem Plan eines deutschen Angriffs- und Eroberungskrieges, von dem überfall auf die wehrlosen Nachbarn noch übrig, von der These, die in Versailles als unerschütterliches Urteil aufgestellt wurde?

„Dieser Krieg ist das größte Verbrechen gegen die Menschheit, das jemals verübt worden ist. Die hieran Schuldigen tragen eine furchtbare Verantwortung und gegenwärtig sind sie schon hinreichend entlarvt."

Sasonow scheint nicht zu merken, wie die Wiederholung dieser Worte, die er am 22. Februar 1916 in der Reichsduma sprach und die er seinem 9. Kapital als Motto voransetzt, gerade aus seinem Munde peinlich berührt. Er scheint ferner nicht zu merken, daß er selbst in weitaus größtem Umfange besitzt, was er an den Staatsmännern der Mittelmächte auszusetzen findet, nämlich „die Fähigkeit, sich in unbegrenztem Maße selbst irre zu führen und leicht das Gefühl für das Wirkliche zu verlieren, wobei sie gleichzeitig nach und nach die Fähigkeit einbüßen, eine Grenze zu ziehen zwischen ihren Wünschen und Absichten und dem, was sie in Wirklichkeit tun."

Der Schankstättengesetzentwurf.

= **Berlin**, 16. Dez. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages führte heute die allgemeine Aussprache über den Schankstättengesetzentwurf zu Ende. Am Schluß der Aussprache trat der Regierungsvertreter der Auffassung entgegen, daß der Gesetzentwurf eine Verschlechterung gegenüber dem alten bedeute. Daß der Gesetzentwurf ohne irgend welche Beeinflussung durch das Alkoholkapital zustande gekommen sei, bedürfe keiner besonderen Hervorhebung. Die Verhandlungen wurden dann auf den 24. Januar 1928 vertagt.

Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstages genehmigte heute endgültig den Gesetzentwurf über Zolländerungen für Autoeinzelteile mit der Änderung, daß die Bestimmungen erst am 15. Januar 1928 in Kraft treten sollen.

Kurze Nachrichten.

Der Botschafter des Deutschen Reiches für die U. S. A., Dr. von Prittwitz und Gaffron, stattete Köln einen Besuch ab, der vor allen Dingen der Fühlung nahme mit den Kreisen der rheinisch-westfälischen Wirtschaft galt. An der Besprechung, in der die verschiedensten Fragen, die für die Wirtschaftsbeziehungen des deutschen Westens mit den U. S. A. von Belang sind, zur Erörterung kamen, nahmen führende Persönlichkeiten der rheinisch-westfälischen Wirtschaft teil.

Fällnet die fungierenden Vögel!

Der tödliche Automobilunfall auf der Telgter Chaussee.

In zweiter Instanz zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Münster, 16. Dezember.

Am 15. Mai dieses Jahres wurde auf der Landstraße Münster—Telgte der 15jährige August Sillmann von einem kleinen Personenwagen angefahren. Die Verletzungen waren so schwerer Natur, daß der Junge kurze Zeit danach im Krankenhaus verschied. Am 15. Oktober hatte dieser Unglücksfall vor dem Schöffengericht in Münster ein gerichtliches Nachspiel, da man den Lenker des Kraftwagens, dem Kaufmann Robert Hultershorn ein grobes fahrlässiges Verschulden vorwarf. Die Verhandlung endete damals mit einem Freispruch des Angeklagten. Trotzdem der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragt hatte, wurde dennoch von der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Vor der Großen Strafkammer wurde deshalb der Vorfall nochmals aufgerollt. Ein großer Zeugenapparat war geladen worden. Auf Grund der jetzigen Beweisaufnahme kam der als Sachverständige geladene Oberingenieur Dahlmann zu der bestimmten Ansicht, daß eine Fahrlässigkeit des Angeklagten vorliege, da er mit einem nicht betriebssicheren Kraftwagen eine allzu große Geschwindigkeit gefahren habe. Bereits 600 Meter vor der Unfallstelle war der Angeklagte in Zickzacklinie gefahren. Der Angeklagte wußte, daß die Steuersäule seines Wagens locker saß. Der zweisitzige Wagen war mit vier Personen besetzt gewesen. Hinter Jägerhaus kam der Wagen bereits ins Schleudern und flog quer über die Landstraße direkt auf den radfahrenden Sillmann los. Dieser fiel mit seiner tödlichen Verletzung in den Straßengraben und das Auto fuhr gegen einen Baum. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß Hultershorn bereits hundert Meter vorher beinahe ein Mädchen angefahren hatte. Zeugen, die der Wagen kurz vor dem Unfall in voller Fahrt gesehen hatten, sprachen sofort ihre Bedenken gegen einen guten Verlauf der Fahrt aus. Das Gericht trug nach der ausführlichen Beweisaufnahme kein Bedenken, den Unfall nach dem Gutachten des Sachverständige: auf die Fahrlässigkeit des Angeklagten zurückzuführen. Mit Rücksicht darauf, daß ein blühendes Menschenleben zugrunde gegangen war, hielt das Gericht eine Gefängnisstrafe von drei Monaten als angemessen.

Der große Schmugglerprozeß.

Vierter Tag.

Münster, 16. Dezember.

Am Freitag begann der Schmuggelprozeß nachmittags 3 Uhr. Gleich zu Beginn der Verhandlung gab es Zwischenfälle. Ein auswärt ger Rechtsanwalt richtete an den Vorsitzenden die Bitte, die an Gerichtsstelle anwesenden Pressеberichterstatter zu ermahnen, daß sie ihre Berichte durch keine Stimmungsmache entstellten. Landgerichtsdirektor Dr. Niermann erklärte, eine derartige Ermahnung an die Presse zu richten habe er keine Veranlassung. Grundsätzlich lese er auch, solange das Verfahren schwebe, nicht die Zeitungsberichte.

Der Kriminalbeamte Rosteck aus Gronau war vor zwei Tagen vom Gericht nach Reumond in Holland gesandt worden, um von dort einen Zeugen zu holen. Dieser Zeuge hatte jedoch, obwohl ihm freies Geleite zugesichert wurde, es abgelehnt, an Gerichtsstelle zu erscheinen, weil er sonst geschäftlich geschädigt würde. Inzwischen war noch ein Telegramm von einem anderen nach Holland gesandten Beamten eingetroffen, das besagte, daß auch der bei Beuersken beschäftigt gewesene Arbeiter van Eyk und der Bruder des häufig genannten Wilhelm Beuersken, Joachim Beuersken, es ablehnten vor Gericht zu erscheinen.

Der Arbeiter van Eyk war seinerzeit in Deutschland festgenommen gewesen und hatte seine Aussagen bei dem Untersuchungsrichter Heitmeier gemacht. Untersuchungsrichter Heitmeier wurde als Zeuge vernommen. van Eyk hatte ihm angegeben, daß er bei Beuersken in Tegelen in Stellung gewesen sei. Der zu schmuggelnde Kaffee wurde in Arnheim auf die Autos der Cymaels und des Reuffer verladen. Die Ladungen bestanden meistens aus 150 Sack Kaffee, die überdeckt wurden mit zollfreien Waren. Meistens fuhren die Wagen über Hemden nach Deutschland, nur zuweilen gingen sie auch über Heidenend. Dafür, daß die Grenze klar war hatten die Eheleute Helmes zu sorgen, die die Bestechungsgelder verteilten. Die Brüder Cymaels und Reuffer haben nach der Aussage des van Eyk gewußt, daß die Grenze klar gemacht werden mußte. Auch bei einer Gegenüberstellung mit den Eheleuten Helmes hatte van Eyk erklärt, daß sie die vorbereitenden Handlungen erledigt hatten. Die Eheleute Helmes hatten das entschieden bestritten und erklärt, den Arbeiter van Eyk garnicht zu kennen. Der Untersuchungsrichter Heitmeier wurde noch über seine Verhandlungen mit dem Holländer Joachim Beuersken, dem Bruder des Generalschmugglers Wilhelm Beuersken vernommen. Die Brüder waren miteinander verfeindet. Früher war Joachim B. in dem Betriebe seines Bruders als Chauffeur tätig gewesen. Er gab dem Untersuchungsrichter an, daß sein Bruder viel geschmuggelt habe. Begonnen sei damit zu der Zeit, als der Nierderrhein von den Belgiern besetzt gewesen sei. Die zu schmuggelnden Kaffeesendungen wurden von Joachim B mit einem kleinen Fordwagen bis an die Grenze begleitet. Kam dem Auto niemand entgegen, so war die Grenze klar. Kam ihnen dagegen eine Frau mit einem Kinderwagen entgegen, so hatte das Lastauto Kehrt zu machen. Wöchentlich sollen ungefähr zwei Fuhren abgegangen sein. Die Eheleute Helmes hätten für jede Fuhre 500 Gulden erhalten, von denen 300 an die Beamten abzuführen gewesen seien. Am meisten sei über das Zollamt Hemden geschmuggelt worden, weil der dortige Beamte am meisten Mut gehabt habe. Joachim Beuersken hatte den Untersuchungsrichter gebeten, seine Aussage nicht dem Bruder mitzuteilen. Der Untersuchungsrichter wurde dann von den Verteidigern in ein Kreuzverhör genommen, um die Motive zu den belastenden Aussagen des van Eyk und Joachim Beuersken zu ergründen. Bei van Eyk sollte eventuell die Aussicht auf Haftentlassung zu der Aussage beigetragen habe und bei Joachim B eine reichliche Vergütung seiner Unkosten. Diese Beweggründe fielen durch die Aussage des Untersuchungsrichters fort.

Der Kaufmann Dr Strotmann aus Münster war telephonisch als Sachverständiger bestimmt worden. Er sollte über die Frage des Geschäftsgebarens der Firma Breuer und Hörster in Uerdingen mit Beuersken aussagen. Der Sachverständige mußte sich jedoch zunächst erst an Hand des Aktenmaterials ein Urteil bilden. Seine Vernehmung wurde deshalb noch ausgesetzt.

Darauf wurde noch einmal der Zollrat Kintzel vorgerufen. Der Zeuge hatte eine Durchsuchung der Wohnung des Zollbeamten und Angeklagten Heilmann vorgenommen, hatte jedoch nichts Belastendes gefunden. Der Angeklagte Strohmeyer habe nach seiner Festnahme ein gewisses Geständnis abgelegt. Am 3. September 1926 wurden die Brüder Cymael in Haft genommen und am nächsten Tage der Angeklagte Michalski, der zur jetzigen Verhandlung nicht erschienen war. Michalski war im Hause der Cymaels erzogen worden und später in die Schmuggelfirma eingetreten. 3—4 Fahrten hatte er genau geschildert und die Läger in Köln und Essen angegeben, wo der geschmuggelte Kaffee gelagert wurde. Im ganzen hatte er 36 Schmuggelfahrten mitgemacht. Auch nach Düsseldorf waren Sendungen gekommen. Als Abnehmer kamen zwei Firmen in Frage, die wußten, daß es sich um Schmuggelware handelte. Der Gerichtsvorsitzende stellt ausdrücklich fest, daß diese Firmen gutgläubig waren.

Auch der Zollinspektor Schützmeister aus Düsseldorf wurde noch einmal vernommen. Er war zu dem Holländer van Eyk gesandt worden, um ihn auf Grund eines Freibriefes zu bewegen, als Zeuge zum Gericht nach Münster zu kommen. van Eyk hatte erklärt, er traue der Sache nicht und hätte nicht Lust, noch einmal in den Kasten zu wandern.

Der Sachverständige Dr. Strotmann-Münster schildert das Geschäftsgebaren der Kaffeefirmen. Im allgemeinen sei es üblich, daß von den Platzvertretern Bescheinigungen über bestellten Kaffee ausgestellt würden. Meistens würde Kaffee nicht wie bei den angeklagten Firmen verzollt, sondern unverzollt gekauft. Daß der Lagerist in seinen Büchern nicht den Namen des Absenders angegeben habe, sei bei den häufigen Sendungen nicht verständlich. Über den Preis kann sich der Sachverständige kein klares Bild machen.

Am Schluß des Verhandlungstages kam es zu einem kleinen Zwischenfall zwischen dem Vorsitzenden und dem Rechtsanwalt Dr. Wedemann-Düsseldorf. Nach der Vernehmung des Sachverständigen Dr. Strotmann ließ der Rechtsanwalt eine Bemerkung fallen, die dahin ging, daß dem Angeklagten ungünstige Gutachten durch die Bemerkung abzuschwächen: „Es gibt ja auch hier im Saale auch noch Kaufleute die eine zwanzigjährige Praxis hinter sich haben". Der Sachverständige hatte nämlich vorher einem Angeklagten auf dessen Frage geantwortet, daß er erst fünf Jahre im Fach tätig sei. Daraufhin ließ der Vorsitzende die Äußerung fallen: „Es tut mir leid, Herr Sachverständiger, daß ich Sie hierher gerufen habe, ich habe die Verteidiger ausdrücklich vorher gefragt, ob man mit Ihnen als Sachverständigen einverstanden sei." Der Rechtsanwalt fand in dieser Bemerkung eine Beschränkung seiner Verteidigerrechte, da ihm das Recht zustände, ein Gutachten zu kritisieren. Er verwahre sich gegen den Vorwurf des Vorsitzenden. Der Vorsitzende betonte, daß es ihm fern gelegen hätte, die Rechte der Verteidiger zu beschneiden.

Luftfahrt.

Rund um Europa mit dem kleinsten Flugzeug.

Venedig, 15. Dez. Heute traf der amerikanische Flieger Kern mit einem Begleiter von Florenz ein. Sie beabsichtigen, mit dem kleinsten Flugzeug der Welt einen Rundflug um Europa auszuführen. Als erster Landungsplatz ist Wien vorgesehen. Die Maschine ist mit einem deutschen Motor von 20 PS. ausgerüstet.

Handel und Volkswirtschaft.

Hauptausschuß- und Vorstandssitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

w **Berlin**, 16. Dez. **(Tel.)** Der Reichsverband der deutschen Industrie hielt heute eine Hauptausschußsitzung ab, in der zunächst der Vorsitzende, Geh. Rat Prof. G. Duisberg betonte, daß der Reichsverband sich vornehmlich der mittleren und kleineren Industrie annehme. Die Großindustrie könne notfalls ohne die eigentliche Verbandsarbeit des Reichsverbandes auskommen. Prof. Dr. Heidebroek von der Technischen Hochschule in Darmstadt, der über „Stellung und Aufgaben des Ingenieurs in der Wirtschaft" sprach, stellte den Primat der Technik über die Wirtschaft fest und sagte, die schöpferische Tätigkeit des Technikers weise dem Wirtschafter neue Wege, deshalb sei auch der Zusammenhang des Ingenieurs mit dem wirtschaftlichen Teile der Aufgaben des Unternehmers herbeizuführen. Geh. Rat Duisberg forderte dann die industriellen Unternehmer auf, sich nach Möglichkeit des jungen Akademiker-Nachwuchses unter den Ingenieuren, Chemikern, Physikern usw., durch Beschäftigung auch in solchen Betrieben der mittleren und kleineren Industrie anzunehmen, die bisher ohne solche Kräfte auszukommen glaubten, da die wissenschaftliche Arbeitsweise ihnen nur nützen würde.

In der, der Tagung voraufgehenden Vorstandssitzung, forderte Direktor Dr. Hauptmann eine Umgestaltung der Lex-Brüning, einen durchgreifenden organischen Umbaues Verwaltungs- und Steuersystems von Reich, Ländern und Gemeinden, baldige Verabschiedung der Reichsrahmengesetze und größere Berücksichtigung der Wünsche der Wirtschaft. Prof. Dr. Flechtheim und Dr. Reichert, Mitglieder des Reichstages, behandelten die Kartelle in ihrer Eigenschaft als Förderer der Produktion.

Direktor Kraemer gab der Erwartung Ausdruck, daß die Schwierigkeiten, die sich durch die protektionistischen Verwaltungsmaßnahmen der italienischen Regierung für den deutschen Export nach Italien ergeben haben, aus dem Wege geräumt werden.

Rückgang der deutschen Ausfuhr von Fahrrädern.

Rasches Vordringen der französischen Konkurrenz.

Deutschland hat in den letzten Jahren eine ständig fallende Ausfuhr von Fahrrädern und Fahrradteilen. Stark ist die Ausfuhr in fertigen Fahrrädern gefallen (1922: 305 555 Stück; 1924: 185 679 Stück; 1926: 101 529 Stück). Trotz der Ausfuhrverminderung ist die jetzige Ausfuhr noch immer erheblich größer als in der Vorkriegszeit. Die Hauptabsatzgebiete für fertige Fahrräder liegen in Europa, hier sind es vor allem die stets für deutsche Fahrräder sehr aufnahmefähigen Länder Schweiz, Holland, Dänemark, Ungarn, Rumänien und die Randstaaten. Unter den überseeischen stehen die ost- und südasiatischen voran, wenn auch die britische Konkurrenz dort sehr stark vertreten ist. Bemerkenswert ist die steigende Ausfuhr von Fahrradteilen aus Eisen nach Großbritannien. Im laufenden Jahre ist die Gesamtausfuhr von Fahrrädern und Fahrradteilen jeder Art zum erstenmal wieder höher als im Vorjahr. In den ersten zehn Monaten 1927 betrug sie einschließlich Teile 40,3 Millionen RM. gegen 32,6 Mill. RM. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Besonders bemerkenswert ist, daß Frankreich erst nach dem Kriege als dritter Großproduzent von Fahrrädern nach Großbritannien und Deutschland am Weltmarkt erschienen ist. Auf Kosten des britischen und deutschen Exportes hat Frankreich mengenmäßig seine Ausfuhr um das 8½-fache der Vorkriegszeit gesteigert. Der große französische Export in Fahrrädern und Fahrradteilen beruht in erster Linie auf der starken Aufnahmefähigkeit Spaniens, Belgiens und der Schweiz, die allein über die Hälfte der französischen Fahrräder-Ausfuhr aufnehmen. Bei den außereuropäischen Staaten ist Frankreich in der Türkei und in Argentinien führend. Etwa 20 Prozent der gesamten Fahrradausfuhr gehen nach den zollbegünstigten französischen Kolonien.

Abschluß des deutsch-französischen Farbenabkommens.

w **Frankfurt a. M.**, 16. Dez. **(Tel.)** **Wie W. T. B. Handelsdienst erfährt, ist das deutsch-französische Handelsabkommen endgültig zustandegekommen. Die J. G. Farbenindustrie wird am Samstag eine ausführliche Darstellung dieses Abkommens geben, das eine Abgrenzung der beiderseitigen Absatzgebiete für Farben vorsieht.**

Düsseldorfer Kurenbörse.

tu **Düsseldorf**, 16. Dez. **(Tel.)** Bei fester Grundtendenz hielten sich die Umsätze auf dem Kohlenkurenmarkt in engen Grenzen. Eine Ausnahme bildete Diergardt, die von interessierter Seite einige hundert Mark höher aus dem Markte genommen wurden, ohne indes ihren Höchstkurs noch behaupten zu können. Auch Langenbrahm wurde einige 100 Mk. höher bezahlt. Lothringen wurde zu leicht nachgebenden Preisen gehandelt. Niederrheinische Berg wurden etwas niedriger bezahlt; für Dahlbusch wurden die letzten Kurse genannt. Von Braunkohlenwerten zeigte sich gebesserte Nachfrage für Bruckdorf-Nietleben. Glimmerode wurde zu letzten Kursen umgesetzt. — Für die Kuxen des Michel-Konzerns wurden nominell die letzten Kurse genannt. — In Kaliwerten war die Geschäftstätigkeit heute sehr gering. Veränderungen sind kaum eingetreten, wenngleich sich Nachfrage auf leicht ermäßigter Basis bemerkbar machte. — Auch Kaliaktien lagen ziemlich ruhig. Vereinzelt wurden Krügershall und Niedersachsen etwa 2 Prozent niedriger genannt. Eine Ausnahme bildete nur Kaliindustrie, in denen sich lebhafter Besitzwechsel zu leicht anziehenden Preisen vollzog. Von Industriewerten erhielt sich für Allgemeine Hochbau, Getreideindustrie, Hoch- und Tiefbau und Uerdinger Waggon Nachfrage. Rheinische Linoleum wurden einige Prozent höher gesucht. Dortmunder Vulkan konnten ihre gestrige Forderung nicht behaupten und gaben etwa 4 Prozent nach. Für Gebrüder Schöndorf zeigte sich nur auf ermäßigter Basis Aufnahmeneigung. Kabelwerke Rhendt gingen etwa 2 Prozent zurück.

Ausländische Wechselkurse.

tu **Zürich**, 16. Dez. **(Tel.)** Berlin 123,72½; Wien 73,07½; Prag 15,34; Holland 209,40; Newyork 5,1785; London 25,28¼; Paris 20,39¼; Italien 28,10; Brüssel 72,75; Kopenhagen 138,90; Stockholm 139,80; Oslo 137,80; Madrid 86,65.

tu **Amsterdam**, 16. Dez. **(Tel.)** London 12,07 7/16; Berlin 59,10; Paris 9,73⅜; Schweiz 47,75; Wien 34,90 Kopenhagen 66,30; Stockholm 66,75; Oslo 65,80; Newyork 2,4734; Brüssel 34,59½; Madrid 41,36; Italien 13,42.

Warenmärkte.

Hamburger Warenmarkt.

tu **Hamburg**, 16. Dez. **(Tel.)** Kaffee: Brasilofferten lagen unverändert bis 6 d höher, der Terminmarkt war bei ruhiger Tendenz bis ½ Pfg. niedriger. Kakao: Der Markt verkehrte unter dem Einfluß der schwächeren Newyorker Terminnotierungen in ruhiger Haltung. Accra good fermented loko 59; schwimmend 58,3; Bahia superior 64; schwimmend 64,6; Thomee superior 66; schwimmend 65; Trinidad Plantation loko 68—70; auf Zahlung 64—65; sup. sommer ariba loko 67. Reis: Die Marktlage blieb bei ruhigem Bedarfsgeschäft gegen gestern unverändert. Auslandszucker: Der Markt verkehrte bei kleinen Umsätzen in ruhiger Haltung. Tschechische Kristalle Feinkorn loko und Dezember 15,0¾—15,2¼; Januar-März 15,03—15,04½. Schmalz: Tendenz fest. Amerikanisches notierte 29; raffin. 30,5—31 und Hamburger Schmalz 34,5 Dollar je 100 Kilo netto. Getreide: Die Befestigung machte Fortschritte, doch ist das Geschäft nicht von Belang. Mehl: Tendenz ruhig. 70proz. Weizenauszugsmehl hies. Mühlen 42—42,25; Bäckermehl hies. Mühlen 36,5—36,75; Auszugsmehl inl. Mühlen 36,5—38,5; Weizenmehl inl. Mühlen 30—32; amerikan. Weizenmehl 7—8,5 Dollar: 70proz. Roggenmehl hies. Mühlen 35,25—36—37,5: Roggenmehl hies. Mühlen 30—30,5; 70proz. Roggenmehl inl. Mühlen 32—33; Roggengrobmehl inl. Mühlen 27,5—28,5. Hülsenfrüchte: Bei kleinem Geschäft wurden unveränderte Preise genannt. Futtermittel: Bei ruhiger Marktlage erhielt sich kleines Bedarfsgeschäft zu unveränderten Preisen. Oele und Fette: Tendenz ruhig, Preise unverändert. Chemikalien: Tendenz ruhig, Preise unverändert. Paraffin und Wachs: Unveränderte Preise bei ruhiger Tendenz.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

Chicago	16. 12	15. 12.		16. 12	15. 12.
Weizen Dez.	125⅜	125½	Hafer Dez.	52⅝	51⅝
„ März	128⅝	128¼	„ März	55	54⅛
„ Mai	130¼	130½	„ Mai	56⅝	56⅛
Mais Dez.	86½	85	Roggen Dez.	104½	105⅜
„ März	90½	89⅛	„ März	109	107¼
„ Mai	93⅞	92⅝	„ Mai	109⅜	107⅝
New-York	16. 12	15. 12.		16. 12	15. 12
Weizen Domestic Sept.	—	—	Weizen Bonded Okt.	—	—
„ Dez.	—	—	„ Dez.	—	—

Locopreise.

Chicago	16 12.	15 12.	New-York	16 12	15.12.
Weizen			Weizen		
Rot. Som.Wint. Nr. 2	—	—	Manitoba Nr. 1	135⅛	138
Hart „ „ „	128⅛	—	Rot Som.-Wint. Nr. 2	143	143⅝
Gemischter Nr. 2 „ „	—	—	Hart „ „ „	142¼	141⅝
Hart. Som.-Wint. Nr. 3	—	—	Mais, neu ank. Stette	100	99
Mais, gelb Nr. 2	90	90	Roggen, fr. Boot. N. Y.	122	121⅛
Hafer, weiß Nr. 2	57⅛	57½	Gerste, Malting	101	101
Roggen, Nr. 2	1 81½	—	Mehl, Spring 1. peat	150	153
Gerste, Malting	82-90	85-91	clears[4])	675	775

Frachten:	16. 12.	15. 12.
Fracht nach England[2])	1,9—2,3	1,9—2,3
„ „ Kontinent[3])	10—12	13—14

Anmerkung: [1]) Per 196 lbs. [2]) In Shilling und Pence per 480 lbs. [3]) In Dollarcents per 100 lbs.

Handelsnachrichten.

tu **Hamburg**, 16. Dez. **(Tel.)** Silber: Brief 81; Geld 80,75; Zink: Brief 53,75; Geld 52,75. Terminnotierungen. Kupfer: Dezember Brief 123,75; Geld 123; Januar Brief 121; Geld 120,5; Februar Brief 124; Geld 123,5; März Brief 124,25; Geld 123,75; April Brief 124,25; Geld 123,75; Mai bezahlt 124,25; Brief 124,5; Geld 124; Juni Brief 124,5; Geld 123; Juli Brief 12 ,5, Geld 123; August Brief 124,5; Geld 123; September Brief 124,5; Geld 123; Oktober Brief 124,5; Geld 123; November Brief 124,5; Geld 123; Tendenz: stetig. Zinn: Dezember Brief 542; Geld 538; Januar Brief 540; Geld 536; Februar Brief 538; Geld 534; März Brief 536; Geld 533; Mai Brief 535; Geld 531; Tendenz: stetig.

tu **London**, 16. Dez. **(Tel.)** Schluß. Kupfer Standard per Kasse 59 9/16—59¾; per 3 Monate 59 13/16—59⅞; Best Selected 65—66,25; Zinn-Standard per Kasse 267⅜—267,5; per 3 Monate 253⅜—263,5; Blei per Kasse 22; per 3 Monate 22 5/16; Zink, per Kasse 26 3/16; per 3 Monate 26; Elektrolytkupfer 66⅜—66⅞.

Baumwollnotierungen

tu **Bremen**, 16. Dez. **(Tel.)** Terminschlußkurse. Dezember 20,30 Brief; Geld nicht notiert; Januar 20,19—20,27; März 20,42—20,46; Mai 20,59—20,60; Juli 20,56—20,58; Oktober 20,06—20,09; Tendenz ruhig.

tu **Liverpool**, 16. Dez. **(Tel.)** Schluß. Dezember 10,16; Januar 10,11; März 10,09; Mai 10,09; Juli 10,05; Oktober 9,77; Tendenz stetig. Umsätze 4000.

tu **Newyork**, 16. Dez. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember 18,73; Januar 18,64—18,66; März 18,86—18,90; Mai 18,94—18,97; Juli 18,93—18,94; Oktober 18,54—18,55; Tendenz stetig.

tu **Newyork**, 16. Dez. **(Tel.)** Zweites. Dezember 18,57; Januar 18,50; März 18,79; Mai 18,92; Juli 18,90; Oktober 18,50; Tendenz: abgeschwächt. Zufuhr nicht gemeldet.

tu **Newyork**, 16. Dez. **(Tel.)** Schluß. Dezember 18,89; Januar 18,89—18,93; März 19,07—19,09; Mai 19,20—19,23; Juli 19,21—19,22; Oktober 18,70—18,75; loko 19,40; Tendenz stetig.

tu **New Orleans**, 16. Dez. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember —; Januar 18,80; März 18,92; Mai 19,01; Juli —; Oktober —; Tendenz stetig.

tu **New Orleans**, 16. Dez. **(Tel.)** Zweites. Dezember 18,62 Januar 18,63; März 18,83; Mai 18,93; Juli 18,83; Oktober 18,35. Tendenz willig.

tu **New Orleans**, 16. Dez. **(Tel.)** Schluß. Dezember 18,87; Januar 18,90—18,92; März 19,10—19,11; Mai 19,18—19,22; Juli 19,14; Oktober 18.55—18,57; loko 19.05; Tendenz stetig.

Lose Blätter

Ein Perpetuum mobile. Uralt ist das Bestreben der Menschen, das Perpetuum mobile zu finden, jenes Ding, das aus sich selbst heraus in ständiger Bewegung bleibt. Jahrhunderte lang haben sich Phantasten daran gemacht, eine solche Kraft zu ergründen. Die Patentämter aller Staaten können Wunderdinge davon erzählen, welche kuriosen Vorschläge man ihnen schon gemacht hat. Durch die Bank haben sich alle Konstruktionen als praktisch unmöglich erwiesen. So etwas ähnliches wie ein Perpetuum mobile — genau betrachtet, ist es aber nicht ein solches — hat jetzt ein Schweizer Ingenieur konstruiert mit einer Uhr, die sich gewissermaßen selbst aufzieht und dadurch in ständiger Bewegung bleibt. Aber die Uhr nimmt nicht die Kraft aus sich selbst heraus, sondern erhält sie durch die täglichen Temperaturschwankungen, die ihrerseits auf eine gewisse Menge von Glycerin einwirken und ein Zusammenziehen oder ein Ausdehnen des Glycerins zur Folge haben. Die Glycerinmasse hebt bei ihren Bewegungen ein Gewicht, das dann beim Niedergehen die Uhr aufzieht. Es mag als wohl sein, daß die Uhr gewissermaßen von selbst sich aufzieht und ständig im Gange bleiben kann, aber damit ist noch kein Perpetuum mobile konstruiert.

Das Mausoleum des Kaisers Augustus.

Über die wichtigen Entdeckungen im Mausoleum des Augustus berichtet jetzt der führende römische Archäologe Prof. Giglioli in den italienischen Blättern. Die Ausgrabungen erhalten nach der Meinung des Gelehrten dadurch allgemeine Bedeutung, daß es der Wissenschaft erst jetzt möglich wird, die monumentalen Grabstätten der römischen Kaiserzeit, für die das Mausoleum des Augustus typisch ist, in ihrer Gesamtlage zu rekonstruieren. Augustus hat sich nach den Aufzeichnungen des Strabo ein Grabdenkmal errichten lassen, das auf einem gewaltigen Marmorfundament von 90 Metern Durchmesser